

Abozessionspreise:  
Jährlich: 6 Thlr. — Ngr. in Sachsen.  
Jährlich: 1 " 15 " tritt Post- und  
Monatlich in Dresden: 15 Ngr. Stempelzins  
Einzelne Nummern: 1 Ngr. schlag hinzu.

Postenpreise:  
Für den Raum einer gesetzlichen Zolle: 1 Ngr.  
Unter „Eingesandt“ die Zolle: 2 Ngr.

Erscheinen:  
Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,  
Abends für den folgenden Tag.

## Amtlicher Theil.

## Gesetz,

den Wegfall der außerordentlichen Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend,  
vom 5. Dezember 1863.

Sehr. Johann, von Gottes Gnaden König von Sachsen u. c. et. re. verordnen hierdurch mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

## §. 1.

## Wegfall der Zuschläge.

Die durch das Gesetz vom 13. September 1850 (Seite 211 des Gesetz- und Verordnungsbüros vom Jahre 1850) §. 1 und 2 eingeführten außerordentlichen Zuschläge zu den Schriften- und Werksstempeln kommen mit alleiniger Annahme des nachstehend in §. 2 gedachten Stempelpost-Ginnahme des Landes wie gewöhnliches Stempelpapier zurückzugeben und ist solchen Hafts der diesjährige Stempelbetrag ebenfalls daar zu restituiert.

Soll aber von solchen Formularen noch weiterer Gebrauch gemacht werden, so sind selbige bei der Stempelfactorie durch Ausdruckung des in §. 2 gedachten Beisempeis in dem Stempelwerth von  $2\frac{1}{2}$  Ngr. umzutauschen und zu diesem Beisatz mittels Lieferchein verfossen zu die Stempelfactorie einzufinden, welche die Umsstellung und Rücksendung alsbald kostensfrei bewirken wird.

Der höhere Wertbetrug der eingeständeten Formulare an  $1\frac{1}{2}$  Ngr. pro Stück wird später durch die betreffende Bezirksteuereinnahmehaar vergütet werden.

## §. 4.

Die Bezirksteuer- und Stempelpost-Ginnahmen werden wegen der Gebahrung mit dem an sie nach §. 1 und 3 zurückgegebenen Stempelpapierarten und Formularen, sowie wegen Steuerausgabe, bezichtlich Aufrückung der restituirten Geldbeträge durch den vorgezogenen Kreissteuerrath mit beiderseiter Weisung verfahren werden.

## §. 5.

Die in der Ausführungs-Verordnung vom 13. September 1850 zu dem Gesetz von gleichem Tage, außerordentliche Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend (Seite 215 des Gesetz- und Verordnungsbüros vom Jahre 1850), §. 6 unter 3 den dort bezeichneten Stempelpostvertrieben mit einem Procent aufgezehrten Vergütung wird vom Anfang künftigen Jahres an bis auf Weiteres auf ein und ein halb Procent erhöht.

Die Bestimmung der künftigen Recepturgebühre der Stempelpost-Ginnahmen wird durch besondere Verordnung an die Kreissteuerräthe getroffen werden.

Hieraus haben sich alle, die es angeht, zu achten.

Dresden, den 5. December 1863.

(L. S.) Johann.  
Richard Freiherr von Friesen.

Verordnung  
zur Ausführung des Gesetzes vom 5. December 1863,  
den Wegfall der außerordentlichen Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend,

## vom 5. December 1863.

Zur Ausführung des Gesetzes vom heutigen Tage, den Wegfall der außerordentlichen Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend, wird hiermit folgendes verordnet:

## §. 1.

Der bei den Bezirksteuer- und Stempelpost-Ginnahmen am Schlüsse des gegenwärtigen Jahres verbleibende Betrag von den Stempelpapierarten zu  $1\frac{1}{2}$ , 4 und 8 Ngr. ist bis auf weitere Anordnung im Bestande zu halten. Allen andern Behörden, sowie allen Privatpersonen, welche sich zu Anfang künftigen Jahres noch im Besitz von unverbrauchtem, obigen Sorten angehörigen und unverdorbenen Stempelpapieren befinden, ist gestattet, solches an eine beliebige Bezirksteuer- oder Stempelpost-Ginnahme des Landes zurückzugeben, welche das Wertbetrug daar zu restituieren hat.

Stempelpapier zu Reisezwecken ins Ausland darf jedoch nur an diejenige Ginnahme, von welcher es bezogen wurde, zurückzugeben werden.

## §. 2.

Es bleibt vorbehalten, das unverbraucht gebliebene, den Sorten zu  $1\frac{1}{2}$ , 4 und 8 Ngr. angehörige Stempelpapier durch Aufdruck eines Beisempeis mit der Königl. Krone und der Inschrift:

„Gültig für  $2\frac{1}{2}$  Ngr.“

in die Stempelpapierorte zu letztem Beitrage umzuwandeln und in dieser Weise noch zur Verwendung bringen zu lassen.

## §. 3.

Behörden, ingleichen Versicherungsgesellschaften, welche

## Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Hartmann.

## Bücherannahme auswärts:

Leipzig: Fr. BRAUNWEITER, Commissionär des Dresdner Journals;  
Hamburg: Alois HÄGERSTEIN & VOLLMER; Berlin: GEORG'Sche Buchhandl.; HETZEL'Sche Buchhandlung; Bremen: E. SCHLOTTKE;  
Breslau: LOUIS STANGEN; Frankfurt a. M.: JACOB'Sche Buchh.; Köln: ADOLF KÄRCHER; Paris: LÖWENFELS  
(28, rue de l'ouest en face); Prag: Fr. KOLLICH'Sche Buchh.; Wien: Comptoir d. k. Wiener Zeitung, Steinfelspl. 807.

Gedruckt:  
Königl. Expedition des Dresdner Journals,  
Dresden, Marienstrasse No. 7.

für bei Ihnen vorkommende Stempelähnliche Schriften, wie z. B. Zeugnisse, Polizei u. Ä. formularien haben anfertigen und bereits mit dem Sieverzeugnis Stempel bedrucken lassen und davon am Schlüsse dieses Jahres noch unverbrauchten Vorrat bestehen, können diese Formulare, sofern sie davon keinen weiteren Gebrauch machen wollen, bei einer Bezirksteuer- oder Stempelpost-Ginnahme des Landes wie gewöhnliches Stempelpapier zurückzugeben und ist solchen Hafts der diesjährige Stempelbetrag ebenfalls daar zu restituiert.

Soll aber von solchen Formularen noch weiterer Gebrauch gemacht werden, so sind selbige bei der Stempelfactorie durch Ausdruckung des in §. 2 gedachten Beisempeis in dem Stempelwerth von  $2\frac{1}{2}$  Ngr. umzutauschen und zu diesem Beisatz mittels Lieferchein verfossen zu die Stempelfactorie einzufinden, welche die Umsstellung und Rücksendung alsbald kostensfrei bewirken wird.

Der höhere Wertbetrug der eingeständeten Formulare an  $1\frac{1}{2}$  Ngr. pro Stück wird später durch die betreffende Bezirksteuereinnahmehaar vergütet werden.

## §. 4.

Die Bezirksteuer- und Stempelpost-Ginnahmen werden wegen der Gebahrung mit dem an sie nach §. 1 und 3 zurückgegebenen Stempelpapierarten und Formularen, sowie wegen Steuerausgabe, bezichtlich Aufrückung der restituirten Geldbeträge durch den vorgezogenen Kreissteuerrath mit beiderseiter Weisung verfahren werden.

## §. 5.

Die in der Ausführungs-Verordnung vom 13. September 1850 zu dem Gesetz von gleichem Tage, außerordentliche Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend (Seite 215 des Gesetz- und Verordnungsbüros vom Jahre 1850), §. 6 unter 3 den dort bezeichneten Stempelpostvertrieben mit einem Procent aufgezehrten Vergütung wird vom Anfang künftigen Jahres an bis auf Weiteres auf ein und ein halb Procent erhöht.

Die Bestimmung der künftigen Recepturgebühre der Stempelpost-Ginnahmen wird durch besondere Verordnung an die Kreissteuerräthe getroffen werden.

Hieraus haben sich alle, die es angeht, zu achten.

Dresden, den 5. December 1863.

Franz. Ministerium.

Fr. von Friesen.

Seiter.

## Nichtamtlicher Theil.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, Dienstag, 15. December. Im Abgeordnetenhaus ward heute der Adressentwurf der Amtleichenkommission gedruckt verhältniss. Da er anklagt, daß der Kaiser auf dem Kongress besaß und nun nach den ihm so vielseitig ausgesprochenen Wünschen auch ein Programm aufstellen werde. Gezeigt die neuzeitliche Entwicklung der deutsch-dänischen Frage, sagt der „Constitutionnel“, beweise, wie richtig der Kaiser mit seinem Kongressvortrag die Lage Europas aufgezeigt habe. Wenn die Mächte, welche das Londoner Protokoll von 1852 unterzeichnet, nicht im Stande seien, Deutschland mit Dänemark zu versöhnen, so müsse ganz Europa zu einem Kongress vereint, die Vereinigung übernehmen. Das sei ein Beispiel von vielen. Frankreich werde jetzt mit den einzelnen Souveränen, die sich nähere Ausführungen über die Kongressideen erbeten, in spezielle Konferenzen eintreten. Bei der ersten Einladung habe der Kaiser ein Programm nicht gut aufstellen können, weil man ihn dann gleich die Annahme bestuhlt habe, den Schiedsrichter in Europa spielen zu wollen. Jetzt könne er sich im Einzelnen über die Lösung bedürftigen Fragen wohl äußern. Sein Gedanke sei heute wie am ersten Tage und er werde sich in seiner Bahn durch Widerprüche und Schwierigkeiten nicht aufhalten lassen. Er denkt doch noch den Kongress zu Ende zu bringen.

Die Ausführung des Gesetzes vom heutigen Tage, den Wegfall der außerordentlichen Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend, wird hiermit folgendes verordnet:

## §. 1.

Der bei den Bezirksteuer- und Stempelpost-Ginnahmen am Schlüsse des gegenwärtigen Jahres verbleibende Betrag von den Stempelpapierarten zu  $1\frac{1}{2}$ , 4 und 8 Ngr. ist bis auf weitere Anordnung im Bestande zu halten. Allen andern Behörden, sowie allen Privatpersonen, welche sich zu Anfang künftigen Jahres noch im Besitz von unverbrauchtem, obigen Sorten angehörigen und unverdorbenen Stempelpapieren befinden, ist gestattet, solches an eine beliebige Bezirksteuer- oder Stempelpost-Ginnahme des Landes zurückzugeben, welche das Wertbetrug daar zu restituieren hat.

Stempelpapier zu Reisezwecken ins Ausland darf jedoch nur an diejenige Ginnahme, von welcher es bezogen wurde, zurückzugeben werden.

## §. 2.

Es bleibt vorbehalten, das unverbraucht gebliebene, den Sorten zu  $1\frac{1}{2}$ , 4 und 8 Ngr. angehörige Stempelpapier durch Aufdruck eines Beisempeis mit der Königl. Krone und der Inschrift:

„Gültig für  $2\frac{1}{2}$  Ngr.“

in die Stempelpapierorte zu letztem Beitrage umzuwandeln und in dieser Weise noch zur Verwendung bringen zu lassen.

## §. 3.

Behörden, ingleichen Versicherungsgesellschaften, welche

Bundespolizei gemäß dem Executionsbeschluß, wo zu 30.000 Mann erforderlich; zweiter: Vorbereitung gegen etwaige weitere Verwicklungen, namentlich Angriffe der Dänen auf das Bundescorps; dritter: Vorbereitung Preußens vom Londoner Vertrag. Für alle diese Rechts- und Opportunitätsfragen müste die Regierung sich vorbereiten. Vizepräsident Unruh will nur die Diskussion über die Geschäftsbearbeitung zulassen. Waldeck protestirt gegen die Befugniß des Amtleichenhaupts, einen Adressentwurf einzubringen. Löwe vertheidigt das Recht des Ausschusses. Zweites und Großherzoglich Schleswigsche egleichen. Die Schlussberatung zu Freitag wird verschoben. Unruh ernannt Sobel zum Referenten, Birchow zum Correferenten.

Paris, Montag, 14. December. Im Senate wurde deutje die Generaldeputation über die Adresse geschlossen, morgen wird er die einzelnen Artikel derselben beraten. — Bei der deutschen Wahl wurde Picard mit 15.299 Stimmen gegen Picard (9503 Stimmen) gewählt.

Dresden, 15. December.

Der „Constitutionnel“ vom 12. December enthält einen offiziellen Artikel, welcher sehr bemerkenswerth ist, da er anklagt, daß der Kaiser auf dem Kongress besaß und nun nach den ihm so vielseitig ausgesprochenen Wünschen auch ein Programm aufstellen werde. Gezeigt die neuzeitliche Entwicklung der deutsch-dänischen Frage, sagt der „Constitutionnel“, beweise, wie richtig der Kaiser mit seinem Kongressvortrag die Lage Europas aufgezeigt habe.

Wenn die Mächte, welche das Londoner Protokoll von 1852 unterzeichnet, nicht im Stande seien, Deutschland mit Dänemark zu versöhnen, so müsse ganz Europa zu einem Kongress vereint, die Vereinigung übernehmen. Das sei ein Beispiel von vielen. Frankreich werde jetzt mit den einzelnen Souveränen, die sich nähere Ausführungen über die Kongressideen erbeten, in spezielle Konferenzen eintreten. Bei der ersten Einladung habe der Kaiser ein Programm nicht gut aufstellen können, weil man ihn dann gleich die Annahme bestuhlt habe, den Schiedsrichter in Europa spielen zu wollen. Jetzt könne er sich im Einzelnen über die Lösung bedürftigen Fragen wohl äußern. Sein Gedanke sei heute wie am ersten Tage und er werde sich in seiner Bahn durch Widerprüche und Schwierigkeiten nicht aufhalten lassen. Er denkt doch noch den Kongress zu Ende zu bringen.

## Tagesgeschichte.

Dresden, 15. December. Heute Mittag 1 Uhr begaben sich Se. Majestät der König in Begleitung des Prinzen Georg nach dem Bahnhofe der Neustadt, um die nach Holstein abgehenden Truppen zu inspizieren und der Embarkation derselben beizudenken. Ein großes Dorf versammeltes Publicum bewies die allgemeine Teilnahme, welche die Dresdner Bevölkerung den abziehenden Truppen widmet. 4 Uhr Nachmittag 3 Uhr hielt die Königliche Hoftheater und der Kronprinz nochmals die drei von den umliegenden Dörfern wieder eingerückten Bataillone der 1. Linieninfanteriebrigade, deren Chef Holstein ist und welche mit zum Ausmarsch nach Holstein bestimmt sind. Auch Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin wünschte, im Wagen die Colonies passieren, den abmarschierenden Truppen ihre Beweiswohl. Heute Vormittag ist Se. E. Höh. der Kronprinz von hier abgereist, um sich von den auseinander stehenden Truppenheeren zu verabschieden, welche mit zum Ausmarsch bestimmt sind. Auch Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin wünschte, im Wagen die Colonies passieren, den abmarschierenden Truppen ihre Beweiswohl.

Heute Vormittag ist Se. E. Höh. der Kronprinz von hier abgereist, um sich von den auseinander stehenden Truppenheeren zu verabschieden, welche mit zum Ausmarsch bestimmt sind. Auch Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin wünschte, im Wagen die Colonies passieren, den abmarschierenden Truppen ihre Beweiswohl. Heute Vormittag ist Se. E. Höh. der Kronprinz von hier abgereist, um sich von den auseinander stehenden Truppenheeren zu verabschieden, welche mit zum Ausmarsch bestimmt sind. Auch Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin wünschte, im Wagen die Colonies passieren, den abmarschierenden Truppen ihre Beweiswohl.

Die Ausführung des Gesetzes vom 5. December 1863, den Wegfall der außerordentlichen Zuschläge zur Stempelsteuer betreffend, wird hiermit folgendes verordnet:

## §. 1.

Der bei den Bezirksteuer- und Stempelpost-Ginnahmen am Schlüsse des gegenwärtigen Jahres verbleibende Betrag von den Stempelpapierarten zu  $1\frac{1}{2}$ , 4 und 8 Ngr. ist bis auf weitere Anordnung im Bestande zu halten. Allen andern Behörden, sowie allen Privatpersonen, welche sich zu Anfang künftigen Jahres noch im Besitz von unverbrauchtem, obigen Sorten angehörigen und unverdorbenen Stempelpapieren befinden, ist gestattet, solches an eine beliebige Bezirksteuer- oder Stempelpost-Ginnahme des Landes zurückzugeben, welche das Wertbetrug daar zu restituieren hat.

Stempelpapier zu Reisezwecken ins Ausland darf jedoch nur an diejenige Ginnahme, von welcher es bezogen wurde, zurückzugeben werden.

## §. 2.

Es bleibt vorbehalten, das unverbraucht gebliebene, den Sorten zu  $1\frac{1}{2}$ , 4 und 8 Ngr. angehörige Stempelpapier durch Aufdruck eines Beisempeis mit der Königl. Krone und der Inschrift:

„Gültig für  $2\frac{1}{2}$  Ngr.“

in die Stempelpapierorte zu letztem Beitrage umzuwandeln und in dieser Weise noch zur Verwendung bringen zu lassen.

## §. 3.

Behörden, ingleichen Versicherungsgesellschaften, welche

fuhren und 475 Pferde) werden im Laufe des 18. d. M. Dresden passieren und hier einen Aufenthalt von 15 bis 90 Minuten nehmen.

Dresden, 15. December. In heutiger Sitzung der Zweiten Kammer, welcher von Seiten der Regierung die Herren Staatsminister Freih. v. Baur, Dr. v. Behr und Geh. Rath Dr. Marschner bewohnten, befand sich auf der Registriarte u. A. eine Petition des schleswig-holsteinischen Comités in Wiesbaden, um Dispensation von einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen, welche Abg. Martin zu der jüngsten machte, bemerkend, daß sie in ihrem ersten Theile, was die beabsichtigten Sammlungen angehe, durch Verfügung der Königl. Kreisdirektion in Friedland bereits erledigt sei. Nach Bereidigung des neuintretenden Vertreters des ersten bayerischen Wahlbezirks, Gustavus Julius Ehrenberg aus Sachsen, erwiderte Abg. Riedel das Wort zur mündlichen Begründung folgenden Antrags:

Die Staatsregierung möge mit allen ihr in Gebot stehenden Mitteln und Mitteln auf Vertheilung einer trügerischen Centralgewalt und gleichzeitige Befreiung der deutschen Provinzen, welche unmittelbar Wahlen bewirken, um die deutsche Macht zu verschaffen

ember sie noch in zu frischem Gedächtnis. Umso mehr steht die Notwendigkeit einer Verbesserung der deutschen Bundesverfassung zu Tage. Das deutsche Volk würde dazu gern die Opfer bringen, welche sie im Gefolge haben möchte, wenn die Regierungen sich bereit zeigten, auch ihrerseits ein kleines Opfer zu bringen. Noch nie waren in Deutschland alle Parteien so einig, als jetzt. Durch ganz Deutschland gehe ein Schein der Entrüstung über Deutschlands Schmach. Möge nicht wieder deutsches Blut fließen, ohne daß dies gesühnt werde. Auch den Vorwurf sollte man dem Volke nicht machen, daß es leichter sei, Anträge zu stellen, als Vorschläge zu bringen. Möchten die Regierungen ein deutsches Parlament zusammenrufen, dessen Vorschläge hören, so werde leichter Einwände zu Stande kommen, womit auch das Volk sich einverstanden erkläre. Den Fürsten mölle er nur noch den Tag ins Gedächtnis zurückrufen, wo ihre Vorfahren vor 50 Jahren auf den Knien Gott für Deutschlands Befreiung dankten. Möchten sie bedenken, was denn damals den Völkern verborgen, dann möchte es ihnen leichter werden, selbst ein Opfer für die Verbesserung der deutschen Gesamtverfassung zu bringen. (Der Antrag geht an die dritte Deputation.)

Hierauf wurde auf Antrag des dritten Deputations (Ref. Abg. Baumann-Steinbach) nach langer Debatté, auf die wir morgen zurückkommen, beschlossen, den ihr überwochenen Antrag des Abg. Schrey: „Es möge der zu erwartende Entwurf einer Civilprozeßordnung, Gerichts- und Concordanzordnung vorerst den Abgeordneten vorgelegt werden“, an die erste Deputation abzugeben, bei welcher der letztere eingehen werde, die dann nach Einsichtnahme von den Inhalten des leichten, dessen Eingang der Herr Justizminister für künftigen Monat in Aussicht stelle zu können glaubt, nach Besinden sich für den Antrag verwenden könne.

Hierauf wandte sich die Kammer zur Verhandlung des neulich mitgetheilten Antrags des Herrn Biceprä., Oehmichen, Ehren und 43 Genossen:

Die Erwähnung, daß der Bundesdeutsch vom 7. December unter den jetzt verfügbaren Verhältnissen in keiner Weise geeignet erscheint, die Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie das Recht und die Würde Deutschlands zu wahren, wolle die Kammer bestätigen.

1) Unter Ausdruck des lieben Bekauer und der gerechten Entschließung über den am 7. December gefassten Bundesdeutsch, sowie unter Anerkennung des Schlußes der sächsischen Regierung in der betrüffenden Bundesversammlung die hohe Staatsregierung zu ersuchen, mit ihm in zu Götzen beobachteten Mitteln darin zu wischen, daß die von Seiten des Bundes bestellten Befehle zu einer vollständigen Belebung der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit deutschem Bundesstaat umgedeutet werden.

2) Unter Bezugnahme auf ihren früheren Beschluss die Erklärung abzugeben, daß es im Interesse der Integrität Deutschlands und zur Sicherung der Rechte der Herzogthümer dringend notwendig ist, sowohl die Abtretungserklärung der von dem damaligen Könige von Preußen ertheilten Ansprüche auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein offen und ausdrücklich anzuerkennen, als auch mit der Anerkennung des nach der anständigen Erfolge berechtigten Führers als Herzog von Schleswig-Holstein nicht länger zu warten.“

Biceprä. Oehmichen nimmt nur das Wort, um nach außen eine Bedecktheit der Folgen der Handlungswweise derjenigen Bundesstaaten zu geben, welche am 7. December für Execution nicht Occupation stimmen. Die deutschen Großmächte handelten offenbar beim Festhalten am Londoner Protokoll mehr in europäischem als deutschem Interesse, und die kleineren Staaten, welche sich ihnen angegeschlossen, möchten bedenken, daß mit dem Grundsache, deutsches Recht könne europäischen Interessen geopfert werden, keinen deutschen Staats Recht mehr gefährdet sei. Wenn Österreich, als nur zum kleinen Theile deutsch, so hande, so sei das erklärlich, ob recht, daß sei eine andere Frage. Wenn aber Preußen, das sich noch klarlich Deutschlands Schmach genannt, es thue, möchten sie die übrigen wohl verstehen. Die offene Erklärung eines preußischen Abgeordneten: „Wenn Preußen die Herzogthümer für sich haben könnte, dann würde es etwas für sie thun“, sei deutlich genug. Möge die sächsische Regierung bei den übrigen kleineren deutschen Staaten besonders auf diese Seite der Sache hinweisen. Vielleicht bringt dies noch eine hoffsame Wendung hervor.

Abg. Mammes sagt nach einem historischen Rückblick auf das Entstehen der jüngsten Staatenverhältnisse nach dem Sturz der Napoleonischen Herrschaft, die Reaktionen der selben für die Herzogthümer in Folgendem zusammen: Keine Personalunion mit Dänemark, bloßer Eintritt Holsteins in den Bund (eind der vielen traurigen Machwerke jener Zeit), Zusammengeschlossenheit der Herzogthümer und alleinige Erbberedigung des Mannesstamms. Bald begannen die Beschwerden der Herzogthümer, vertreten von Holstein, an der Stelle, wo alle Beschwerden der Völker über ihre Führer eine sichere Aufsicht fanden. Das gewissenhafte Reiterat über die erste lange verschleppte Beschwerde von 1822 wurde bei Seite gelegt nach einer nichtslagenden Erklärung des dänischen Gesandten. Eine gebrochene Denkschrift der Holsteiner ließ der österreichische Bundespräsidentialgutsand nicht einmal seinen Collegen zulernen. Endlich erklärte der Bund nach Besetzung der möglichsten Gesandten die alte holsteinische Verfassung als nicht zu Recht bestehend, vertrug aber, bei einer fünfzig vom dänischen Könige zu gebenden Verfassung die Herzogthümer zu wahren. Als diese Dinge in der Nationalversammlung vorgetragen wurden, sprach der damal. österr. Bevollmächtigte, Herr v. Schmerling, seine Entrüstung darüber und uns erklärte, er würde augenscheinlich seine Entlastung nehmen, wenn man ihm Zusicherungen mache, wie sie damals den Bundesstaatgegenden gemacht wurden. Herr v. Schmerling möge geglaubt haben, was er sagte, ob aber die Folgezeit seine Erwartungen bestätigt habe? Mit den Ausichten auf das Aussterben des dänischen Mannesstamms mehren sich die Bemühungen, die Herzogthümer Deutschland zu entfremden, der ehemalige Brief, die Proteste der Herzogthümer und der Agonaten, die Schwörversprechen des Bundes, die Anerkennung der provisorischen Regierung durch alle deutschen Staaten, der tajere Kampf aller deutschen Heere, während ein österreichischer Gesandter in Kopenhagen, ein dänischer in Wien verblieb, der „strategische“ Rückzug der Preußen (die Volksstimmennationale Versammlung), die englischen Vermittelungsvorschläge: Unparteiische Verbindung der Herzogthümer, besondere Finanzen, Herr u. Flotz, Aufnahme Schleswig in den Bund. Man ließ sie ungenutzt, Preußen schloß mit Überschreitung seiner Befähigung den schwäbischen Waffenstaatsvertrag. Endlich folgte die Pacification, der Hinterdienst, für den von Dänemark 7 Millionen Gulden stipuliert zu haben, von Österreich hoffentlich widerlegt wurde, das Londoner Protokoll, eine nahe an Landesvertrah freifindende Verlehnung jedochfürstlicher Rechte. Die faulen Füße, wie der verlorne König von Preußen das Preußische Gutachten nannte, wurden durch eine starke russische Kraftdrücke schmackhaft gemacht. Denn nur Russland hatte ein Interesse daran, den Schlüssel der Oesterreich nicht in die Hände eines standhaften Bundes

fallen zu lassen. Der Redner erörtert nun die Stellung der Interessen der übrigen Mächte zur Herzogthümerefrage. Dänemark, dessen Ausdauer in dieser Sache einer besseren Sache würdig gewesen, habe gerade durch den Druck auf die Schleswig-Holsteiner sich selbst für den Fall einer fortlaufenden Personalunion dort einen festen Platz im Fleisch geschaffen. Er hoffe aber, daß nicht die Herzogthümer ihrem Juge zu Deutschland, sondern dem zu seinem nächsten Stammbroder folgen werde, daß der Zug aller edlen Herzen dreier Nationen zu Stande bringen werde, was vor einem Jahrtausend eine Frau im Interesse ihres Hauses — eine neue Salomé. Ich habe wohl den Druck auf augen auf die deutschen Mächte ausgeübt, das folge Herz ausgeschlagen, welches das Londoner Protokoll zu Stande brachte. Aber noch heut in jenen Staaten die Reaction, die mit ihm verschwistert war. Dem Unwillen über den unter ihrem Druck zu Stande gekommenen Bundesabschluß hätten die Antragsteller Ausdruck geben wollen, zugleich einem kräftigen Dank für die Haltung der sächsischen Regierung. Möchten die deutschen Mittelstaaten auf dem im Antrage gezeichneten Wege vorgehen, möchten sie sich nicht erniedrigen lassen zu befassen, um schließlich zum schämlichen Raub der Großmächte zu werden. Das ganze deutsche Volk, auch das österreichische und preußische, würde mit ihnen sein, und leichter sei es wohl, daß ein schlechtes Ministerium zu beseitigen, als ein gutes Volk niedergeschlagen. Was würde von jener Seite ihnen nicht in den Weg zu treten wagen, und Österreich und Preußens Volk von seinem Namen einst die Schmach der neuesten Vergangen abwählen, eine Schmach, die sich sogar in dem Verdacht äußerte: Die Truppen der Großmächte werden nur die Schleswig-Holsteiner abermals gebunden den Dänen überlassen. Es fein — nich in Sachsen — Befürchtungen von Corporations erfolgt, welche sich in den schleswig-holsteinischen Sache, eine Sache der hohen Politik, einmengen. Weil, verlangt man von oben Vertrauen, so möge man es auch nach unten äußern. Die Revolution, der Hochverrat sei auf Seiten der dänischen Regierung. Schleswig-Holstein, Deutschland verlor nichts als sein Recht, sein gutes Recht, aber einen volls Recht. Möchten die deutschen Mittelstaaten

sehen, wenn jetzt unter Zulassung der Regierung für den Augustenburger gesammelt und gerichtet werde, und die Regierung sich schließlich anders entscheide! — Abg. v. Criegee ersucht den Abg. v. Röhl, seinen Antrag, mit dem er an sich einverstanden sei, zurückzunehmen (dafür auch Abg. Schrey), nach dem Erlöschen der gesuchten Detonationen und die Wände zwischen gleichzeitig bei einem Erdbeben zu erzittern. — Die f. t. Telegraphenirection eröffnet und folgendes: „Die sämtlichen Telegraphenleitungen in der Umgebung von Wien sind unterbrochen. Neben die Ausdehnung der Verbindung fehlen noch alle Anhaltpunkte. Nach allen Richtungen sind die Bauorgane in Thätigkeit.“ — Die „Const. Oefft. B.“ erhält aus West folgende Mitteilung, welche als Erklärung, vielleicht als Ursprung der Geschichte über die Ministerkrise zu betrachten sein dürfte: „Die Idee, Vertrauensmänner aus Ungarn einzuhufen, scheint in den Salons ungarischer Staatsmänner in den letzten Tagen sehr bestellt gewesen zu haben. Bereits circuliert eine Namensliste der Einzelnen, in welcher jedoch zu Alter Gestalten auf die Männer des verstärkten Reichstags zurückgriffen wird. Die altkonservative Partei glaubt darin vollkommen. Deshalb größeres Aufsehen erzeugt es, daß man die Meinung hat, dieselben wären in der Lage, einen zusätzlichen Bandstand vorzubereiten. Die Herren Grafen Hörbach und Szecsi sollen für dieses Experiment porträt sein.“ Die „Const. Oefft. B.“ stellt zugleich wiederholte in Abrede, daß eine Ministerkrise eintrete, und bemerkt noch, daß auch die heute aufzutragende Session, Fürst Karl August Auerberg solle das Präsidium des Ministeriums übernehmen, „aus competentesten Quellen“, als eine aus der Lust geprägte bezeichnet werden könnte. — Nach langer, schwieriger Krankheit starb heute, Sonntag den 13. November um halb 6 Uhr, Friederich Hebbel. Der Dichter der „Abelungen“ wurde am 18. März 1813 zu Welschen in Dithmarschen (Holstein), geboren und hat also kaum das 51. Lebensjahr erreicht.

Staatsminister v. Bismarck: „Der Autors, welcher der hohen Kammer vorliegt, mit welcher zahlreiche Unterschriften gezeichnete Mitglieder trug, spricht der Regierung gegenüber eine Anerkennung ihres Verhaltens aus. Es ist ein ehrend und wertvolles Zeugnis für Sie, um die Freude, die Sie dadurch bereitet wird, leichter zu gestalten, werden durch die Auseinandersetzung verschiedene verschiedene Verhältnisse verhindern, die derzeit bestehender steht. Es ist eine Art einer Art, die den hohen Kammer der Regierung nicht verläugnet hat — die Offenheit wird die Regierung den Kammer gegenüber auch ferner bestärken und beruhigen. Ob wird eben die Kammer erneut, das es vielleicht nicht gut ist, wenn die Regierung zu viel Wert im Vorau macht in dieser Angelegenheit; sie hat bis über die Vergangenheit aufsässig ausgespielt, ob ich schon einmal der hohen Kammer Gelegenheit gegeben worden, zu vernehmen, was von der Regierung geschehen ist, es gereicht mir das zur Bestätigung, und ich glaube und hoffe, daß wird sicher in gleicher Weise der Fall sein. Die Regierung wird in dieser hochwürdigen Angelegenheit vom Anfang an der hohen Kammer der Regierung nicht verläugnen will, bei der heutigen Debatte wird die Regierung nicht verläugnen hat — die Offenheit wird die Regierung den Kammer gegenüber auch ferner bestärken und beruhigen. Ob wird eben die Kammer erneut, das es vielleicht nicht gut ist, wenn die Regierung zu viel Wert im Vorau macht in dieser Angelegenheit; sie hat bis über die Vergangenheit aufsässig ausgespielt, ob ich schon einmal der hohen Kammer Gelegenheit gegeben worden, zu vernehmen, was von der Regierung geschehen ist, es gereicht mir das zur Bestätigung, und ich glaube und hoffe, daß wird sicher in gleicher Weise der Fall sein. Die Regierung hat in dieser Sache einen sehr guten Standpunkt eingenommen, welcher darauf enthielt, gerichtet und berechtigt ist, daß das Reich geworden, das das Interesse Deutschlands gerecht wird. Sie ist diesen Standpunkt mit Unerschredlichkeit und Überredlichkeit verfestigt und verfügt ihn noch heute, ohne durchzuvalenzieren, daß es eine Ausnahme ist, eine der Hoffnung entgegen, daß dieser Standpunkt endlich doch wieder zur Geltung gebracht werden. Es hat das geheilig Abg. Bismarck am Schluß seiner Rede eine Befürchtung eingelegt, die jezt noch machen möchte, enthalten. Die jetzige Bundespolitik werde nichts erreichen als ein Minimum von Rechten für die Herzogthümer, wie es die Execution zum Ziel hatte, während doch alle Erfahrungen zeigen, wie sogar nichts aus dänische Versprechungen zu geben sei, wie man dort unverkennbar von Einheitsstaat festhielt. Der sächsische Vorschlag hätte zu etwas mehr führen können und habe deshalb weit über die Grenzen Sachsen hinaus Klang gefunden. Die Regierung vertritt diese um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderer Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn entfernen würde der Sache einen falschen Anstrich geben. Zu einem gesonderten Vergehen des Kleinstaates könne er nicht raten. So unterscheiden man mit dem Beschuß des Bundes kein möge, er sei doch zur Zeit, daß einzig Organ Gesamtdeutschlands, und nicht alle, die gegen die Occupation gestimmt seien auch um so mehr Dank dafür, je mehr sie von anderen Seite Vorwürfe gemacht werden kann möchten. Um die conservativen Interessen habe sie sich jedenfalls mehr verdient gemacht, als ihre Gegner. An dem Worte „tiefe Entrüstung“, ein kräftiger Ausdruck für ein kräftiges Gefühl, möge man nicht malen, wo es sich um die Gesammausstattung handle. Nachdem er einmal gebracht sei, ihn



